

## Antworten der Freien Wähler

### 1.1 Artenvielfalt....

Die FREIEN WÄHLER fördern eine gesunde Umwelt. Sie ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen. Wir FREIEN WÄHLER wollen die Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Wir sind uns unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen bewusst. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der Bürger vor Ort und muss bis in die internationale Politik hinein verfolgt werden. Dazu gehören auch Nationalparks und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Die Machbarkeit richtet sich jedoch an den Möglichkeiten der Finanzierung von Projekten.

### 1.2 Biotopverbund

Über die zukünftige Finanzierung von Maßnahmen um den Biotopverbund voranzutreiben kann zum heutigen Zeitpunkt nur wenig gesagt werden. Derzeit ist eine Aussage für die nächsten Jahre nicht machbar, da die amtierende Landesregierung an vielen Stellen Einsparungen vorgenommen hat, in denen hoher finanzieller Nachholbedarf besteht. Grundsätzlich sehen die FREIEN WÄHLER aber die Notwendigkeit an dieser Stelle.

### 2.1 Energiewende

Die Energiewende und der wachsende europäische Energiehandel stellen die deutschen Strom- und Gasnetze vor große Herausforderungen. Die Sicherheit der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität und Gas ist hierbei das zentrale Ziel. Dazu müssen Strom- und Gasnetze in der Lage sein, ihre Transportaufgaben zu erfüllen. Weiterhin notwendig sind ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Deckung des prognostizierten Energiekonsums. Ausschlaggebend sind belastbare Netzstabilitäts-Regelungsmechanismen, die auch dann die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn sich Einspeisungen in und Entnahmen aus dem Netz nicht die Waage halten. Zudem müssen die Netze hinreichend gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein. Eine angemessene Dezentralisierung der Energiegewinnung dient ebenfalls der Versorgungssicherheit. Nicht zu vergessen: das Energiesparen ist eine der effektivsten Methoden an der Lösung des Energieproblems. Es mindert den Ressourcenverbrauch und verhindert Energieverschwendung. Die wichtigsten Punkte sind unserer Ansicht:

- Ausbau der dezentralen Energiegewinnung ( Windkraft, weiterer Ausbau der Solarenergie und Förderung von Wärmedämmmaßnahmen)
- Ausbau und Förderung von Energie-Speicher-Technologien

- Energieagentur abschaffen um hierbei die Bildung von Clustern aus bestehenden Angeboten – etwa bei den Verbraucherzentralen, die bereits anbieterneutral und umfassende Beratungsleistungen erbringen - zu entwickeln und somit den Einsatz der jährlich anfallenden Kosten von sieben Millionen Euro für die überflüssige Energieagentur in konkrete regenerative Energieprojekte zu stecken.

## 2.2 Mobilität und Straßenbau

Dem innerstädtischen aber auch außerstädtischen Ausbau von Fuß- und Radwegen sowie dem Ausbau von Bus- und Bahnsystemen in Städten stehen wir positiv gegenüber. Gerade in Städten muss nicht nur der durch den CO<sub>2</sub> Ausstoß entstehenden Luftbelastung entgegengetreten werden, sondern auch der Individualverkehr muss verringert werden. Für die Landbevölkerung sehen wir keine reelle Chance durch die vor genannten Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Hier können nur die Förderung und der Ausbau der Elektromobilität weiterhelfen.

- Ausbau von Radwegen, Schaffen von breiterem Raum für Radfahrer im Straßenverkehr
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
- Elektromobilität ausbauen durch flächendeckende "Tankstellen".
- Förderung von Forschung und Entwicklung von Technologien die die Elektromobilität unterstützen.

## 2.2 Straßen- und Brückenneubau

Unser Straßennetz ist eine der Grundlagen für unsere wirtschaftliche Potenz. Die FREIEN WÄHLER sehen hier zunächst einen massiven Nachholbedarf in der Aufrechterhaltung des aktuellen Straßennetzes, welches durch die Schwarzen und Roten Regierungen auf Landes- und Bundesebene abgewirtschaftet wurde.

Der intelligente Umbau des Straßennetzes lässt sich nicht vermeiden. Dennoch sehen wir die Notwendigkeit den Landverbrauch einzudämmen. Hier setzen wir statt auf reinen zusätzlichen Neubau von Straßen eher auf die Optimierung des Straßennetzes.

Auch der Brückenbau muss sich an den ökologischen aber auch ökonomischen Notwendigkeiten prüfen lassen. In unserem Wahlprogramm heißt es:

### **„4.3 Mittelrheinbrücke und Moselaufstieg endlich bauen!**

Zwischen Koblenz und Mainz, also auf einer Länge von über 100 km, gibt es keine Brücke über den Rhein! Der Bau einer Brücke über den Rhein zwischen St. Goarshausen und St. Goar ist für die gesamte Region eines der wichtigsten und zentralsten Infrastrukturprojekte. Dieses wichtige Vorhaben wurde bisher jedoch von SPD und Grünen verhindert. Dies wollen wir ändern und sprechen uns klar für die Planung und den Bau der Mittelrheinbrücke aus.

Ebenso notwendig ist es, zum einen die derzeit strukturschwache Obermoselregion an das Fernverkehrsnetz anzuschließen und gleichzeitig den Raum Trier vom Durchgangsverkehr zu entlasten.

Sinnvolle Lösung ist hier der seit langem geplante Moselaufstieg, der ebenfalls von SPD und Grünen verhindert wird.

#### **4.5 Lücke der A1 endlich schließen!**

Seit Jahren warten die Menschen in der Eifel auf den Lückenschluss der Autobahn A1: Tourismus und Wirtschaft sind dringend auf einen schnellen Zugang zur Region angewiesen. Aus der „Blockade-Mauer“ der Landesregierung Rheinland-Pfalz zum fehlenden Lückenschluss der A1 zwischen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen konnte durch den „Gesehenvermerk“ des Bundesministeriums für das Teilstück zwischen den Anschlussstellen Kelberg und Adenau wieder ein Mosaiksteinchen herausgebrochen werden. Wir FREIEN WÄHLER fordern: Es darf bei dem lange geplanten Projekt keine weitere Verzögerung geben. Das Baurecht für den Lückenschluss muss jetzt geschaffen werden!

#### **4.6 Ausbau der B10 zwischen Pirmasens und Landau!**

Seit Jahren warten die Menschen auf die seitens der großen Politik zugesagte Infrastrukturmaßnahme des 4-spurigen Ausbaus der B 10, um so die Verkehrssicherheit hier maßgeblich zu verbessern, sowie die Voraussetzungen zu schaffen, dass die zarten Knospen einer wirtschaftlichen Gesundung der geschundenen Region um Pirmasens erfolgreich fortgeführt werden können. Bereits Ende der 80'iger Jahre war die Beendigung der Maßnahme für Anfang 2000 zugesagt worden, doch noch immer fehlen hier umfangreiche Planungsleistungen und Baurecht für die mit bis zu 40 000 Kfz am Tag hoch belastete Strecke. Die Region ist schnellstens an die Metropolregion zur Steigerung und Verstärkung Ihrer wirtschaftlichen Entwicklung verkehrssicher und verkehrsaufkommensgerecht anzubinden.

#### **4.7 Für Kapazitätserweiterungen im rheinland-pfälzischen Autobahnnetz!**

Die Autobahnen in Rheinland-Pfalz sind vielerorts deutlich an Ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. Zur Aufrechterhaltung – aber auch um dem gestiegenen Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden – müssen alle erforderlichen Schritte unternommen werden, die A 61 in ganz Rheinland-Pfalz 6-streifig mit Standspur auszubauen. Die diesbezüglich bereits baurechtlich abgesicherten Teilabschnitte bei Frankenthal sind unverzüglich baulich umzusetzen. Daneben sind aber auch die A 6 – als eine der Wichtigsten Ost-Westverbindungen – von Landstuhl bis zur Rheinquerung bei Ludwigshafen sowie die A 60 im Großraum Mainz auf einen 6-streifigen Querschnitt zu bringen. Nur so ist es möglich die heutigen hohen Staukosten auf diesen Strecken zu reduzieren und die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz den entsprechenden verkehrlichen Erfordernissen zukunftsfähig zu gestalten.

#### **4.8 Zweite Rheinquerung zwischen Wörth und Karlsruhe schaffen!**

Die aktuell sehr prosperierende Region Karlsruhe-Wörth-Germersheim bedarf dringendst eines Bypasses im Zuge der dortigen Rheinquerung. Mit über 25.000 Ein- und Auspendlern täglich, mit hohen

Zulieferverkehren für die dort beidseits des Rheins ansässigen Gewerbe- und Industriebetriebe ist eine dauerhafte Rheinquerung unerlässlich. Auch für die touristischen Verkehre oder die Einkaufs- und Weiterbildungserfordernisse für die Universitätsstandort Karlsruhe oder Landau. Die heutige Situation mit nur einer Brücke für den Straßenverkehr ist eine Sünde an der Region. Jedweder Nutzungsausfall – auch nur für ein oder mehrere Tage – führt vor Ort zu einem Verkehrschaos a la Schiersteiner Brücke. Hier muss rasch Baurecht her, hier muss unverzüglich die bauliche Umsetzung der Planung einer zweiten Rheinbrücke Realität werden.

#### **4.9 Entlastungsbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim bauen!**

In Ludwigshafen arbeiten laut einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit bundesweit die meisten Pendler (68,7 % aller Beschäftigten). Das liegt auch daran, dass Ludwigshafen und das angrenzende Mannheim quasi eine Großstadt in der Metropolregion Rhein-Neckar sind, trotz Rhein als Bundeslandgrenze.

Ludwigshafen und Mannheim bilden de facto das Industrie-, Wirtschafts-, Bildungs-, Einkaufs- und Sportzentrum der Metropolregion Rhein-Neckar mit zwei bedeutenden Binnen-Häfen, mit Schulen, Hochschulen und der Universität im Schloss. Neben dem hohen Pendlerverkehr ist der Zulieferverkehr für die beidseits des Rheins ansässigen Gewerbe- und Industriebetriebe sowie Verkehr mit touristischem, sportlichen oder kulturellen Hintergrund zu meistern.

Die Ludwigshafener Hochstraße Nord als Teil der B44 ist eine der Hauptverkehrsachsen in der Stadt und in der Metropolregion und Zubringer zu einer der beiden Rheinbrücken. Die aus den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammende Brückenkonstruktion ist irreparabel beschädigt und wird ab 2018 abgerissen. In den Jahren des Umbaus ist ein massiver Verkehrsengpass vorprogrammiert.

Auch die beiden vorhandenen Rheinquerungen auf der B37 und B44 sind Nadelöhre. Die Adenauer-Brücke und die Schumacher-Brücke brauchen eigentlich schon jetzt Entlastung. Die Planungen für eine Entlastungsbrücke wurden aber eingestellt.

Zwischen Ludwigshafen-Rheingönheim und Mannheim-Neckarau oder Altrip und Mannheim-Rheinau muss die Raumentwicklungs- und Verkehrswegeplanung für eine Entlastungsbrücke als Spangen der B9/B44 linksrheinisch und der B38a rechtsrheinisch wieder aufgenommen werden - zum Zwecke einer langfristigen Sicherung der Lebensqualität und der Standortattraktivität. Das tägliche stop-and go ist für Mensch, Umwelt und Natur gleichermaßen belastend und schädlich. Die Planung und der Bau einer Entlastungsbrücke ist daher das Gebot der Stunde!

#### **4.10 Die Auftragsverwaltung im Verkehrsbereich stärken!**

Die FREIEN WÄHLER wenden sich klar und deutlich gegen die vorgesehene und geplante Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft. Wir wollen die heutige Form der Auftragsverwaltung auf dem Boden des

Grundgesetzes für diesen Themenkomplex erhalten wissen. Das föderale System fordert geradezu die Form und Aufrechterhaltung einer Auftragsverwaltung im Bereich des Straßenbaus. Eine zentrale Gesellschaft müsste sich mit den 16 länderspezifischen Details und Verwaltungsregelungen auseinandersetzen. Die Akteure der Länder im Rahmen der Auftragsverwaltung sind hier zu Hause, kennen die Details, kennen die handelnden Akteure, wissen und haben in der Vergangenheit mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme bewiesen, dass Sie die Aufgabe bewältigt bekommen. Der tiefere Grund hinter dieser vorgesehenen Neuorientierung ist es, den Versicherungskonzernen eine deutlicher über der Wettbewerbslage erzielbare Rendite auf deren Einlagen zu ermöglichen. Eine aus Steuermitteln finanzierte Renditesicherung von Aktiengesellschaften und sonstigen Fonds sehen wir FREIEN WÄHLER allerdings nicht als unsere politische Aufgabe an und lehnen die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft daher ab.“

### 3. Ökologische- bäuerliche Landwirtschaft.

Eine gesunde Land- und Forstwirtschaft ist eine Grundvoraussetzung eines lebensfähigen und lebens- und liebenswerten ländlichen Raums, der Heimat bietet. Land- und Forstwirtschaft mit all ihren Bereichen stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Sie sind die tragenden Säulen der regenerativen Energien. Bis hin zum Tourismus bieten die Land- und Forstwirtschaft auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Wir FREIEN WÄHLER sprechen uns für ein agrotechnisch anbaufreies Rheinland-Pfalz aus, da die Risiken weder ausreichend erforscht noch abschätzbar sind. Wir stehen für Planungssicherheit und somit für eine gesicherte Zukunft der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft. Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- den Erhalt einer flächendeckenden und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und die Stärkung der Familienbetriebe;
- eine Steigerung der Wertschöpfung in der Region durch den Absatz regionaler und nachhaltiger Qualitätsprodukte;
- eine Kooperation mit den Landwirten anstatt überbordende ordnungspolitische Vorgaben und ausufernde gesetzliche Regelungen im Umwelt- und Naturschutz;
- Vermarktungsstrukturen, um die Bauern innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken;
- die Stärkung der Marktposition der Bauern, z. B. durch freiwillige Bündelung;
- Flexibel einsetzbare Marktordnungselemente, um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können;
- ein mittelfristig agrotechnikfreies Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa zugunsten einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft;
- einen Bürokratieabbau auch in der land- und forstwirtschaftlichen Verwaltung.
- die Anpassung der EU-Biopatentrichtlinie, um Patente auf Tiere und Pflanzen einzuschränken;
- die Förderung von benachteiligten Gebieten mit erschwerten Bewirtschaftungsbedingungen;

- die Stärkung des Weinanbaus in Steil- und Hanglagen an Rhein und Mosel als Garant für die Kulturlandschaft;
- den Erhalt des § 13a Einkommenssteuergesetz zur Erhaltung der kleinbäuerlichen Strukturen;
- die Schaffung weiterer Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen, in enger Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort.
- eine Stärkung des Gemeinschaftsforstamts.

#### 4.1 Handelsabkommen

Mit den beiden Handelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), die mit Kanada bzw. den USA abgeschlossen werden sollen, plant die EU Arbeitsplätze zu schaffen und das Wirtschaftswachstum zu steigern. Doch in Wirklichkeit profitieren von den Abkommen nicht die Bürgerinnen und Bürger, sondern große Konzerne. Wir FREIEN WÄHLER sagen: Menschen- und Bürgerrechte stehen über Freihandelsabkommen. In ihrer jetzigen Form sind die beiden Abkommen eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat. Freiheitsrechte dürfen nicht zur Disposition von Unternehmen gestellt werden, Freihandel muss grundrechtskonform sowie auf niederschwelligerem Vertragsniveau ausgestaltet sein. TTIP und CETA dürfen auch nicht in Hinterzimmern ausgekugelt werden, sondern müssen in einer breiten öffentlichen Debatte diskutiert werden!

Insbesondere sehen wir die Gefahr, dass politisch erkämpfte Standards und Schutzrechte für Bürgerinnen und Bürger nach Abschluss der Abkommen kaum mehr das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben stehen und stattdessen ein Eldorado für Investoren geschaffen wird, in dem diese grenzenlos und völlig ungehindert von Umweltauflagen, Arbeitnehmerrechten und dem Verbraucherschutz schalten und walten können. Insbesondere der Mechanismus zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten verlagert unserer Meinung nach die Gerichtsbarkeit auf die Wirtschaftsebene und schafft eine dem Gewaltenteilungsprinzip widersprechende Sondergerichtsbarkeit. Dieses „Tribunal“ wäre befugt, über hohe Entschädigungsforderungen der Unternehmen zu befinden. Gegen seine Entscheidungen soll es keine Anfechtungsmöglichkeiten geben. TTIP und CETA sind in ihrer jetzigen Form daher eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat!

Kritisch sehen wir, dass mit CETA und TTIP auch die öffentliche Daseinsvorsorge gefährdet wird, weil etwa kommunale Wasserwerke Monopolbetriebe und kommunale Beschaffungen in der Region eine Diskriminierung von Investoren darstellen könnten. Dies ginge auch zulasten der klein- und mittelständischen Betriebe und der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher:

- CETA und TTIP in der derzeitigen Form nicht unterschreiben!
- Freihandel nur auf niederschwelligem Niveau ermöglichen!
- Verhandlungen dazu nur öffentlich und transparent führen!

#### 4.2 Bürgerbeteiligung

Die Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir FREIEN WÄHLER stehen daher für den massiven Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Wir sind überzeugt, dass mehr direkte Demokratie zu besseren politischen Entscheidungen und zu einer nachhaltigen Reduzierung der Politikverdrossenheit in Rheinland-Pfalz führt. Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheid zu senken.
- die Direktwahl des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz.
- die Einführung flexibler Listen, die es den Wählern ermöglichen, bestimmte Kandidaten durch Vergabe mehrerer Stimmen nach vorne zu wählen (Kumulieren der Stimmen) und auch Kandidaten anderer Listen zu wählen (Panaschieren).

Das Internet bietet zudem neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie bequemerer Abwicklung politischer und administrativer Abläufe. Wir FREIEN WÄHLER sehen in „E-Government“ eine große Chance direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren und Verwaltungsabläufe zwischen Staat und Bürger sowie zwischen Behörden einfacher und nachvollziehbarer zu gestalten. Politische Beteiligung, Information und transparente Verwaltungsabläufe sind Voraussetzungen dafür, dass die Bürger verantwortlich mitgestalten können und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen erhöht wird.